

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 • Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht
35 ergeben sich für alle Völker Rechte und Verpflichtungen, wie
36 beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.
- 37 • Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen
38 Volkes und ihr völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungsrecht sind
39 unverhandelbar
- 40 • Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 41 • Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
42 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
43 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

44 Der Terror der Hamas

45 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
46 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
47 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
48 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
49 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
50 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
51 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
52 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

53 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
54 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
55 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
56 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
57 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
58 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
59 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
60 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
61 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

62 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
63 Pogromen bis zur Shoah. Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation
64 verpflichtet uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte.

65 Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und dem
66 Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht
67 und Selbstbestimmungsrecht muss jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht
68 ausgeübt werden.

69 Im politischen Diskurs wird häufig vom „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch
70 wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt etwas
71 aus, das über juristische Kategorien hinausgeht: die Anerkennung, dass Israel

72 als einziger jüdischer Staat das Recht hat zu existieren, und dass diese
73 Existenz nicht verhandelt, relativiert oder in Frage gestellt werden darf. Dass
74 Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
75 angegriffen wurde und bis heute angegriffen wird, macht deutlich, dass das
76 sogenannte Existenzrecht keine politische Floskel ist, sondern eine reale und
77 fortbestehende Notwendigkeit ist. Wenn Israel im politischen Diskurs das
78 "Existenzrecht" abgesprochen wird, impliziert dies, dass das völkerrechtlich
79 verbrieft Recht eines Volkes über sich selbst zu bestimmen zugunsten der
80 Selbstbestimmung eines anderen Volkes zu vernachlässigen ist. In der Realität
81 gilt dieses Recht auf Selbstbestimmung uneingeschränkt für alle Völker. Es ist
82 zu betonen, dass kein anderer Staat der Welt mit der systematischen Aberkennung
83 seines bloßen Daseinsrechts konfrontiert wird. Daher halten wir es für
84 problematisch, wenn im politischen Diskurs das Existenzrecht Israels infrage
85 gestellt wird, mit der Begründung, dass es kein "Recht" auf Existenz eines
86 Staates gibt. Wir bekennen uns zum Recht auf Selbstbestimmung für den
87 israelischen Staat als auch für das palästinensische Volk, denn diese stehen
88 nicht im Widerspruch zueinander.

89 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
90 Pogromen bis zur Shoah.

91 Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948
92 auch mit der Nakba einherging – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von
93 über 700.000 Palästinenser*innen. Das Leid dieser Menschen darf nicht
94 gegeneinander aufgerechnet oder relativiert werden.

95 Das Vorgehen der israelischen Regierung

96 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
97 entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner
98 Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem
99 Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als
100 Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine
101 großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem
102 brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-
103 Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
104 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das
105 Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der
106 Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch
107 ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare
108 Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

109 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
110 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen
111 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
112 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
113 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

114 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
115 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
116 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
117 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
118 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
119 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf

120 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
121 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
122 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
123 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
124 vollständig geräumt werden müssen.

125 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

126 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch und anderen
127 Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza hin:
128 systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen
129 Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
130 Verhinderung humanitärer Hilfe. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat
131 wiederholt festgestellt, dass eine reale und unmittelbare Gefahr für die
132 Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht.

133 Als GRÜNE JUGEND Hamburg sehen wir zentrale Kriterien der UN-
134 Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch nicht die Instanz, ein
135 abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt es den IGH. Wir fordern
136 die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und nehmen seine laufenden
137 Verfahren mit größtem Ernst.

138 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
139 unverhandelbar

140 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
141 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
142 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
143 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
144 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
145 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
146 Lebens gehalten.

147 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
148 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
149 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
150 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
151 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
152 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
153 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
154 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

155 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
156 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
157 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar. Internationale Organisationen wie
158 Amnesty International, Human Rights Watch und Medico International dokumentieren
159 überzeugend, dass palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter
160 und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Diese systematischen
161 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
162 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
163 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

164 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

165 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
166 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
167 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
168 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
169 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
170 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

171 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
172 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
173 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
174 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
175 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
176 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
177 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
178 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
179 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
180 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
181 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
182 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
183 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

184 Entschieden gegen Antisemitismus

185 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
186 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
187 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
188 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
189 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
190 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
191 und als Shoaverharmlosung.

192 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
193 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
194 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
195 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
196 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
197 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
198 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

199 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
200 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
201 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
202 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
203 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
204 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
205 universell angewandt werden.

206 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
207 Kritik an Israel als Projektionsfläche für judenfeindliche Ressentiments dient.
208 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
209 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
210 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
211 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
212 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die

213 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht. Unser Ziel ist ein Diskurs,
214 der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
215 Lebens in Frage zu stellen.

216 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
217 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
218 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
219 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
220 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
221 verfolgt und geächtet werden.

222 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
223 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
224 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
225 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

226 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

227 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
228 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
229 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
230 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
231 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
232 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher
233 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
234 beginnt.

235 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

236 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
237 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
238 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
239 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
240 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

241 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
242 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
243 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
244 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
245 ernst genommen werden müssen.

246 Unsere Forderungen

247 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
248 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
249 folgende Forderungen ab:

- 250 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
251 eingehalten werden.
- 252 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
253 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 254 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der Besatzung der Occupied
255 Palestinian Territories (OPT).
- 256 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
257 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
258 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
259 islamistische Hamas.
- 260 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
261 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

262 Abschluss

263 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
264 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
265 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
266 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die
267 Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich